

Holzarbeiter-Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Erscheint wöchentlich am Sonnabend.
Abonnementpreis Mk. 1,50 pro Vierteljahr. Zu beziehen durch
alle Postanstalten. Für Verbandsmitglieder unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: W. Kayser, Berlin.
Für die Expedition und den Anzeigenteil: Eduard Steinbrenner, Berlin.
Redaktion und Expedition: Berlin SO. 16, Am Römischen Park 2.

Inserate für die viergespaltene Feilzeile oder deren Raum 60 Pfg.
Bergungsanzeigen und Arbeiterermittlungen 80 Pfg.
Versammlungsanzeigen 15 Pfg.

Wie wird es nach dem Kriege?

Der für die Kriegsdauer proklamierte Burgfriede hat da und dort weitgehende Hoffnungen in bezug auf die Gestaltung der Dinge nach dem Kriege geweckt. Inwieweit sich diese Hoffnungen verwirklichen werden, muß man abwarten. Es kann aber nicht eindringlich genug gewarnt werden, die Bedeutung des Burgfriedens zu überschätzen. So notwendig es erscheint, den Austrag innerer Gegensätze bis nach Beendigung des Weltkrieges zurückzustellen, so töricht wäre es, anzunehmen zu wollen, daß der Krieg die vorhandenen Gegensätze beseitigt hätte. Nein, sie sind vorhanden, und je länger der Krieg dauert, um so schwerer fällt es, den Burgfrieden zu wahren.

Die Arbeiter haben um so mehr Ursache, stets auf dem Posten zu sein, als immer wieder neue Tatsachen bekannt werden, die beweisen, wie man auf der Gegenseite rüstet, um zu gegebener Zeit denen den Star zu stehlen, die im Vertrauen auf den Burgfrieden und seinen dauernden Bestand ihre Waffen ruhen ließen. Sehr lehrreich ist ein vom preussischen Minister des Innern v. Loebell an sämtliche Landräte gerichtetes Rundschreiben, das kürzlich der „Vorwärts“ an die Öffentlichkeit gebracht hat, und das in der Presse aller Parteirichtungen großes Aufsehen erregte. Der Herr Minister weiß, daß die Haltung der kleinen Kreis- und Lokalpresse „für die Stimmung im Lande und für den Ausfall künftiger Wahlen von hervorragendem Einfluß ist.“ Deshalb will er eine „nachhaltige politische Beeinflussung“ dieser Presse sicherstellen. Die Landräte sollen zu dem Zweck veranlassen, daß die Zeitungsverleger und Redaktionen in ihrem Machtbereich sich der unter dem direkten Einfluß des Ministers stehenden Korrespondenz bedienen, am besten aber die an dieser Stelle gleichartig fertig zusammengebauten Zeitungen verwenden, auf die nur noch der Kopf mit dem Titel gedruckt zu werden braucht, um bei dem leichtgläubigen Leser die Meinung zu erwecken, er habe ein unabhängig urteilendes Blatt vor sich, während ihm in Wirklichkeit die Ansicht der Regierung beigebracht wird.

Diese Methode, auf solch heimlichen Wegen Stimmung für die Regierungspolitik zu machen, ist nicht neu. Auffällig ist es aber vor allem, daß die preussische Regierung es für notwendig hält, die Zeit des Burgfriedens auszunützen, um künftige Wahlen vorzubereiten. Ob der Plan, nachdem er vorzeitig enthüllt ist, noch in dieser Form durchgeführt werden wird, bleibt abzuwarten. Möglich ist es aber immerhin, wenn den Lesern der Amtsblattpresse vor Augen geführt wird, auf welchem Wege man ihre geistige Kost vorbereitet, und wie niedrig man an den maßgebenden Stellen ihre geistige Regsamkeit einschätzt.

Daneben hat auch eine andere Rundgebung des preussischen Ministers des Innern die Wirkung gehabt, die Öffentlichkeit daran zu erinnern, daß das so aufreizend wirkende Messen mit zweierlei Maß nur für die Kriegsdauer eingestellt ist. Auf eine Eingabe hat ein dem Deutschen Kriegerbund nicht angeschlossener Militärverein vom Minister des Innern v. Loebell folgende Antwort erhalten:

„Was den hannoverschen Kriegerverein (Militärverein für Niedersachsen) anbelangt, so habe ich dafür Sorge getragen, daß die von Eurer Hochwohlgeboren hervorgehobenen Verschiedenheiten in dem Verhalten der Behörden gegenüber den einzelnen Ortsgruppen dieses Vereins beseitigt werden. Als Grundgesetz wird festgehalten werden, daß während des Krieges die Behörden gegenüber allen Vereinen, deren Tätigkeit mit den vaterländischen Interessen nicht in Widerspruch steht, gleichmäßig verfahren. Hieraus ist mit Sicherheit zu entnehmen, daß dem hannoverschen Kriegerverein (Militärverein für Niedersachsen) während des Krieges keine Schwierigkeiten von den königlich preussischen Behörden in den Weg gelegt werden.“

Diese beiden Erlasse sind begrifflicherweise sehr lebhaft kommentiert worden. In halbamtlichen Auslassungen wurde deshalb der Minister in Schutz genommen. Bezüglich des Presseerlasses wird in dieser Veröffentlichung gesagt, daß die Beeinflussung durch die Landräte sich in der Hauptsache auf die Kreisblätter beschränken soll. Diese Einschränkung ändert aber nichts an der Bedeutung des Erlasses. Im Hinblick auf das wiedergegebene Schreiben an den hannoverschen Kriegerverein ist bekanntgegeben worden, daß der Empfänger des Briefes auf seine Reklamation ein weiteres Schreiben des Ministers erhalten habe, in dem es heißt: „Die Behörden werden vielmehr auch nach dem Kriege gegenüber allen Vereinen, deren Tätigkeit mit den vaterländischen Interessen in Einklang steht, sehr deutungsfähig ist.“

Das gemeinnützige Wirken der Gewerkschaften während der Dauer des Krieges hat diesen vielseitigen Anerkennung eingetragen. Auch die Behörden haben ihre Scheu vor den Gewerkschaften abgestreift; vielfach werden ihre Vertreter zu offiziellen Verhandlungen zuge-

jogen, und ihre ungeheure Bedeutung für das Volkwohl wird häufig vorurteilsfrei gewürdigt. Wir wollen zwar die Hoffnung nicht aufgeben, daß die den Gewerkschaften gezollte Anerkennung sich noch in praktische Taten umsetzt. Eine Gewähr dafür, daß Gesetzgebung und Verwaltung auf die Bedürfnisse der Gewerkschaften künftig größere Rücksicht nehmen, als vor dem Krieg, haben wir allerdings nicht, und es ist vielleicht ganz nützlich, daß unter der Herrschaft des Burgfriedens hin und wieder Dinge sich ereignen, die daran erinnern, wie eng die Grenzen für die Bewegungsfreiheit der Gewerkschaften gezogen sind.

Ein solcher Vorfall wurde kürzlich aus Köln gemeldet. Dort hatten die Vertreter des Bauarbeiter- und Zimmererverbandes mit einer Baufirma wegen Feuerungsanlagen verhandelt. In einer Versammlung der in dem Betriebe beschäftigten Verbandsmitglieder wollten sie über die Verhandlungen berichten. Die Versammlung konnte aber nicht abgehalten werden, weil die Polizei den Verbandsvorstellern den Zutritt verweigerte. Auf deren Beschwerde antwortete der Polizeipräsident wie folgt:

„Da sich die Teilnahme der Versammlung vom 18. d. M. nicht lediglich auf die Arbeiter der Firma Heß u. Heinemann beschränkte, so war die Versammlung öffentlich und unterlag der Genehmigung des königlichen Gouvernements. Eine solche war nicht erteilt und konnte daher die Beteiligung anderer Personen als der fraglichen Arbeiter polizeilich nicht gebildet werden.“

Außerdem entsprach das Versammlungsortal nicht den für öffentliche Versammlungsräume bestehenden Vorschriften.“

„Sehr burgfriedlich“ klingt diese Antwort des Polizeipräsidenten gerade nicht, dagegen erinnert sie lebhaft an die Politik der Nadelstiche, die zu der Zeit, als man vom Burgfrieden noch nichts wußte, häufig gegen die Gewerkschaften angewendet wurde.

Mit dem Burgfrieden ist es überhaupt eine eigenartige Sache, und es berührt recht sonderbar, wenn man sieht, daß gewisse Kreise, die ihre egoistischen Ziele auch während des Krieges unentwegt weiter verfolgen, daneben auch für den Gedanken des Burgfriedens schwärmen. So hat sich kürzlich die so streitbare „Arbeitgeber-Zeitung“ für die Verewigung des Burgfriedens ins Zeug gelegt. „Der Burgfriede darf nun und nimmer mehr mit dem Kriege zu Ende gehen“, heißt es in dem Leitartikel in Nr. 43 dieses Blattes. Die Qualität der „Arbeitgeber-Zeitung“ ist zur Genüge bekannt, man kann sich deshalb leicht vorstellen, wie der Burgfriede beschaffen ist, den sie verewigen möchte. Dem Unternehmertum, dessen Ansichten in der „Arbeitgeber-Zeitung“ verfochten werden, wäre es natürlich sehr angenehm, wenn die Kontrolle durch die Gewerkschaften dauernd beseitigt würde. Das Verlangen der Arbeiter nach Teilnahme an dem Genuß der Kulturerrungenschaften, nach Verbesserung ihrer Wirtschaftslage hat das Scharfmachertum schon immer sehr unangenehm empfunden, und die Forderung, mit den Gewerkschaften, als der Vertretung der Arbeiterschaft, über die Lohn- und Arbeitsbedingungen zu verhandeln, betrachtet es als einen Eingriff in seine geheiligten Rechte, der entschieden zurückgewiesen werden muß. Das Ideal dieses Scharfmachertums ist völlige Ausbeutungsfreiheit, die seiner Meinung nach durch möglichste Lahmlegung der Gewerkschaften am besten gesichert wird.

Der Belagerungszustand mit seiner weitgehenden Beschränkung der offenen Meinungsäußerung darf aber nicht mit dem Burgfrieden verwechselt werden. Dieser kann, so wie er zu Beginn des Krieges proklamiert wurde, nur die Bedeutung eines freiwilligen Verzichtes auf die Hervorkehrung der in den verschiedenen Kreisen der Bevölkerung vorhandenen Gegensätze haben. Er kann seiner Natur nach nur ein vorübergehender Zustand sein und nur so lange gelten, als alle Teile den Pakt halten, den sie stillschweigend eingegangen sind. Als dauernde Errungenschaft aus der Zeit des Burgfriedens hoffen wir aber ein besseres gegenseitiges Verstehen der Gegner davonzutragen.

Es wird allerdings sehr wesentlich vom dem Verhalten der Behörden, von der Gesetzgebung und der Verwaltung abhängen, ob den unausbleiblichen Kämpfen die verbitternde Schärfe genommen wird. Noch sind die Gesetze und Verfügungen in Kraft, die unter dem Gesichtspunkt erlassen sind, daß die Arbeiterbewegung eine unerwünschte Erscheinung ist, deren Betätigung nach Möglichkeit gehemmt werden muß. Die oben wiedergegebene Verfügung des Kölner Polizeipräsidenten ist nur ein Beispiel für viele, das beweist, daß der arbeit- und gewerkschaftsfeindliche Geist in den Verwaltungsbehörden noch recht lebendig ist. Eine Gewähr dafür, daß das Unternehmertum den Forderungen der Arbeiter künftig größeres Verständnis entgegenbringen wird, als vor dem Kriege, haben wir nicht, und ebenso fehlt uns jede Sicherheit, daß die Gesetzgebung ihre Konsequenzen aus den Erfahrungen in der Zeit des Burgfriedens ziehen wird.

Unsere Hoffnungen auf ein freiwilliges Entgegenkommen in der angeedeuteten Richtung sind also, offen gestanden, nicht sehr hoch gespannt. Die Arbeiterschaft würde aber völlig unter die Räder kommen, wenn sie im blinden Vertrauen

auf den Burgfrieden ihr Schwert ruhen ließe. Gibt man uns genügend Licht und Luft zu unserer Betätigung, und an Versprechungen nach der Richtung hat man es ja nicht fehlen lassen, dann werden wir das nicht als Belohnung für ein besonderes Wohlverhalten hinnehmen, mit der Verpflichtung, künftig recht brav und bescheiden zu sein, sondern als ein selbstverständliches Recht, das man uns bisher vorenthalten hat. Aber noch fehlt uns jede Sicherheit, daß man sich später der eingegangenen Verpflichtungen erinnert. Wir müssen uns für alle Fälle darauf einrichten, daß die Arbeiterschaft noch harte Kämpfe um die Anerkennung ihrer vollen staatsbürgerlichen Gleichberechtigung führen müssen. Der Kampf um den gerechten Anteil an dem Ertrage unserer Arbeit wird uns auch nach dem Kriege nicht erspart bleiben. Die Zeit des Burgfriedens darf unsere Wachsamkeit nicht einklinken.

Bereit sein ist alles! So lautet die Ueberschrift des erwähnten Artikels der „Arbeitgeber-Zeitung“, in dem sie für den ewigen Burgfrieden schwärmt. Das mag auch unser Wahlspruch sein. Hoffen wir, daß sich unsere Wünsche erfüllen, aber richten wir uns für alle Fälle darauf ein, daß wir für unsere Sache kämpfen müssen. Unsere Organisation ist unsere Waffe, sie muß gebrauchsfertig sein, wenn wir ihrer bedürfen: Bereit sein ist alles!

Ein Jubiläum der österreichischen Holzarbeiter.

Aus Wien wird uns geschrieben:

Am 15. November waren es 25 Jahre, daß die erste Nummer der „Tischler-Zeitung“ in Wien erschienen ist. Acht Tage darauf erschien in Prag das tschechische Blatt „Truhlarische Listy“. Die erste Maifeier im Jahre 1890 und die Agitation hierfür hatten auf die Arbeiterbewegung in Oesterreich sehr belebend gewirkt. Während des Ausnahmezustandes, welcher am 31. Januar 1884 verhängt und am 8. Juni 1891 aufgehoben wurde, waren beinahe alle bestehenden Fachvereine aufgelöst oder ihre Tätigkeit lahmgelegt worden. Nach der ersten Maifeier regte es sich überall. Auch die Tischler in Oesterreich gingen daran, ihre Organisation neu zu beleben. Zu diesem Zweck wurde für den 7. und 8. September 1890 ein österreichisch-ungarischer Tischlertag nach Wien einberufen. Auf diesem Tischlertag wurde die Gründung einer Fachpresse beschlossen, und am 15. November erschien die erste Nummer der „Tischler-Zeitung“.

Der Tischlertag hatte sich auch mit dem Ausbau der Organisationen der Tischler beschäftigt. Infolge der dort gefaßten Beschlüsse wurde der „Fachverein der Tischler Wiens“ am 7. Juni 1891 in eine „Gewerkschaft der Tischler für Niederösterreich“ umgewandelt. Neben den Tischlern waren auch die Drechsler am 14. September 1890 zusammengetreten und hatten in dieser Versammlung die Gründung einer Organisation beschlossen. Die Tapezierer gaben ab Oktober 1890 ein Blatt, betitelt „Nachrichten“, heraus, das alle fünf bis sechs Wochen einmal erschien. Am 7. Dezember 1890 wurde der Fachverein der Tapezierer gegründet.

Nach dem ersten internationalen Holzarbeiter-Kongress im Jahre 1891 wurde auch ein engerer Zusammenschluß der einzelnen Holzarbeiterbranchen vorbereitet. Im Jahre 1892 war der erste Holzarbeitertag in Wien, und es erschien gemäß eines Beschlusses dieses Holzarbeitertages am 15. September 1893 die erste Nummer des „Organisator“ als gemeinsames Organ der Holzarbeiter-Branchen. Dieses Blatt erschien im Anfang einmal monatlich, ab 1. März 1894 zweimal im Monat.

Am 1. August 1895 erfolgte die Verschmelzung des „Organisator“ mit der „Tischler-Zeitung“, und das gemeinsame Organ erhielt den Titel „Verbandsorgan“. Die „Nachrichten“ der Tapezierer waren nach kurzem Bestand eingegangen. Das „Verbandsorgan“ erschien alle 14 Tage. Ab 1. Januar 1898 wurde der Titel geändert in „Der Holzarbeiter“. Vom 1. Juli 1900 wurde das Erscheinen auf dreimal im Monat festgesetzt, und ab 1. Januar 1906 erscheint es wöchentlich. Mit der dreimaligen Herausgabe im Monat wurde auch das Format des Blattes vergrößert.

In der Entwicklung der Fachpresse spiegelt sich die Entwicklung der Organisation wieder. Bis zum Jahre 1909 war ein fortwährendes Steigen der Auflage und des Mitgliederstandes zu bemerken. Als im Jahre 1909 die separatistische Bewegung auftrat, bemerkte man immer noch ein Steigen der Zahl der Mitglieder deutscher Zunge, somit auch in der Auflage des „Holzarbeiter“, dagegen hatte diese Bewegung ein Sinken des Mitgliederstandes tschechischer Zunge und der Auflage des tschechischen Fachblattes zur Folge. Den höchsten Mitgliederstand zählten wir am Schluß des Jahres 1908. Von hier ab zeigt sich ein ständiges Sinken, woran nicht nur die separatistische Bewegung, sondern auch die im Jahre 1909 einsetzende große Arbeitslosigkeit die Schuld trug. Auch die im Jahre 1912 zum Ausbruch gelangenden Balkanwirren haben ihr Teil dazu beigetragen. Dazu kam nun 1914 noch der Weltkrieg, der für unsere Organisation eine schwere Krise bedeutete. Die gegenwärtige Zeit ist wohl nicht danach große Feste zu feiern, aber ein kurzer Rückblick auf die vergangene Periode von 25 Jahren, die so viel bedeutet in der Arbeiterbewegung, und in welcher so viel für die Arbeiterschaft in allen Ländern geleistet wurde, soll uns eine Freude sein in der schweren Zeit, die wir durchleben müssen, aber auch zugleich ein Aufsporn für künftige ruhigere Tage.

Geschäftsgang und Organisationsstand in Südbayern.

In dem Gebiete unseres Gaues München ist die Industrie im allgemeinen nur schwach vertreten. Soweit die Holzindustrie in Frage kommt, ist die Sägeindustrie vorherrschend. Der Holzreichtum der bayerischen Wälder ist ihrer Ausbreitung günstig. Die Möbelindustrie ist in einigen Städten vertreten, hauptsächlich aber in München. Wenn auch in manchen Betrieben außerhalb Münchens bessere Möbel hergestellt werden, so kommen diese doch gegenüber der Münchener Produktion nur wenig in Betracht. In der Hauptsache werden in der Provinz weisse oder einfache und billige Waren für Kaufhäuser und Möbelhandlungen hergestellt. Die Münchener Möbelindustrie, deren Ruf bekannt ist, liefert zum großen Teil nach auswärtig, auch für den Export. Der Großbetrieb ist in der Holzindustrie in Südbayern nur schwach vertreten, in den meisten Branchen ist das Kleinhandwerk vorherrschend.

Bei Ausbruch des Krieges trat, wie voraussichtlich war, eine allgemeine Störung ein. Nur allmählich fand man sich in die ungewohnten Verhältnisse. Die größeren Betriebe verlegten sich, mangels von Privataufträgen, auf Militärkäufe. Es ist keine Seltenheit, daß in Betrieben, in denen vor Ausbruch des Krieges die besten Möbel hergestellt wurden, jetzt Patronenlisten, Tornister, Reissäckelgestelle, Patronen- und Munitionswagen verfertigt werden. Dieser Erscheinung begegnet man nicht nur in München, sondern im ganzen Gau. In einem großen Schreinerbetriebe der Provinz werden heute Holzpantoffel für Gefangene hergestellt. Immerhin ist es ein Zeichen, daß die Holzindustrie, um lebensfähig zu bleiben, sich den Zeitverhältnissen anzupassen verstand.

Daß durch die Schaffung von Arbeitsgemeinschaften im Laufe der Zeit Arbeit herbeigeschaffen und so das Handwerk belebt wurde, wird allseitig dankbar anerkannt. Sehr hervorragende Verdienste hat sich auf diesem Gebiete besonders unser so früh verstorbenen Kollege Anton Raitz erworben. Die Arbeitgeber, vornehmlich in der Provinz, betrachten dank diesem Wirken, den Organisationsvertreter jetzt ganz anders als früher. Sie haben erkannt, daß ohne seine Tätigkeit manche Existenz vernichtet wäre. Die Arbeit, die auf diesem Gebiete geleistet wurde und noch wird, dürfte unsern Verband dauernd zum Vorteil gereichen. So gut die Arbeitsgemeinschaften auch zusammen arbeiten, so würde doch weit mehr geschehen können, wenn manche staatlichen Behörden mehr Verständnis für die Verhältnisse im Schreinergewerbe an den Tag legen würden. Der bayerischen Militärverwaltung, soweit sie für den Gau München in Frage kommt, gebührt alle Hochachtung. Sie versteht es, die Lage zu würdigen und beweist gegenüber den Eingaben und bei persönlichen Vorstellungen stets verständiges Entgegenkommen. Nicht so die andern Behörden. Trotzdem seinerzeit vom bayerischen Ministerpräsidenten die Versicherung gegeben wurde, daß begonnene Staatsbauten weitergeführt werden, scheint man andernorts dem wenig Gewicht beizulegen. So wird, um ein Beispiel anzuführen, in Lindau ein Bahnhof gebaut. Der Rohbau ist fertig, so daß die Schreinerarbeiten längst vergeben werden könnten. Ein kleiner Teil ist auch schon fertiggestellt. Der größte Teil, Fenster, Türen, Verchlöße, Längelungen, Inneneinrichtungengegenstände, harret heute noch auf die Vergebung. Man sollte meinen, daß die Vergebung dieser Arbeiten eine selbstverständliche Sache sei; statt dessen ist der Bau jetzt eingestellt worden. Ähnlich liegt ein Fall in Straubing. Hier wird eine Irrenanstalt beim Zuchtbaue gebaut. Der Rohbau ist ebenfalls fertig. Schon im Januar dieses Jahres richtete unser Kollege Raitz eine Eingabe an das Landbauamt Straubing, die Arbeiten zu vergeben. Man verdrößte uns, wenn Zeichnungen und Musterstücke fertig seien, solle die Schreinerarbeit vergeben werden. Am 7. September wurde zu demselben Zwecke eine neuerliche Eingabe gemacht. Wir warten aber immer noch auf Antwort. Statt dessen mußten wir hören, daß die Zeichnungen immer noch nicht fertiggestellt seien und erst kürzlich, also nach nahezu drei Vierteljahr, wurden, wie uns privatim mitgeteilt wird, die Arbeiten vergeben. Wenn auf eine solche Weise dem Handwerk in der jetzigen Zeit geholfen wird, ist es zu verstehen, daß die Handwerksmeister keine Loblieder auf die Behörden singen. Die schönsten Versprechungen und Erlasse nützen nichts, wenn sie nicht gehalten werden.

Die vom Gauverband veranstaltete Erhebung gibt eine zahlenmäßige Bestätigung des ohnehin bekannten Rückganges in unserm Gewerbe. Während wir zur Zeit der letzten Tarifabschlüsse 1925 Schreinerbetriebe hatten, die Arbeiter beschäftigten, beträgt die Zahl der Betriebe am 1. Oktober nur 960. Hierzu kommen noch 60 Betriebe in 8 Orten, wo wir noch keine Verträge abschließen konnten, so daß in den Zahlstellen des Gaues insgesamt 960 Betriebe vorhanden sind, von denen jedoch nur 422 Schreiner beschäftigten; 321 Betriebe haben immer noch ihre Pforten geschlossen. Zum Teil ist die letzte Maßnahme auf die Einberufung des Arbeitgebers zurückzuführen, wenn auch manche Betriebe von den Frauen weitergeleitet werden. Betrachten wir die Zahl der Betriebe beim letzten Tarifabschlusse und diejenigen, welche heute noch Arbeiter beschäftigen, so ergibt sich ein Rückgang um 863 Betriebe oder um 67 Prozent.

Ein günstigeres Bild bekommen wir bei den Sägewerken. Hier ruhen nur 5 Betriebe, wenn auch die Betriebe in München um 18 zurückgegangen sind. Neulich liegt es bei den Metallschreibern, wo wir beim Tarifabschlusse nur mit 3 Betrieben rechnen; heute sind 8 Betriebe in Tätigkeit. Von 19 Korbmachereibetrieben sind nur 5, welche Arbeiter beschäftigen. Schlimm steht es mit den Parkettlegern. Hier zählten wir 16 Betriebe, während nur mehr 12 Betriebe in Tätigkeit sind und 8 Betriebe Arbeiter beschäftigen. Von den 23 Vergolderbetrieben sind nur mehr 10 Betriebe beschäftigt. Von den 11 Wageneibetrieben in München waren 17 geschlossen, und nur 18 Betriebe haben Arbeiter beschäftigt. Auch in der Parkettindustrie ist ein Rückgang der Betriebe zu verzeichnen.

Man kann sämtliche Betriebe in unseren Zahlstellen zusammen, so ergibt sich folgendes Gesamtbild: Betriebe bei Abschluß der Verträge mit der 12. Orte ohne Verträge mit Sägewerken 1296. Am 1. Oktober dagegen nur mehr 1185. Sägewerke geschlossen 247, und Arbeiter haben noch 533 Betriebe beschäftigt. Vergleicht man nun die erste und die letzte Zahl, so ergibt sich ein Rückgang von 1763 Betrieben oder 72,3 Prozent, mit denen wir als Organisation rechnen müssen.

Noch interessanter gestaltet sich das Bild, wenn wir die Zahl der beschäftigten Arbeiter vergleichen. Insgesamt waren bei Abschluß der Verträge in den 1296 Betrieben 8257 Arbeiter beschäftigt, während am 1. Oktober er. nur mehr 3620 gezählt werden konnten; ein Rückgang von 4637 oder 56 Prozent. Diese Ziffern beweisen uns, welche Mäden der Krieg gerissen hat. Bis zum Schluß des 2. Quartals waren von unserm Verbände allein 2605 Kollegen im Militärverhältnis, und was in der Zwischenzeit zu den Fahnen gerufen wurde, dürfte auch keine geringe Zahl sein.

Lehrreich ist die Erhebung über die Organisationsverhältnisse. Von den insgesamt noch beschäftigten 3620 Arbeitern sind 2140 im Deutschen Holzarbeiter-Verband, 282 bei den christlichen und 184 Kollegen in andern Verbänden organisiert, wo hauptsächlich in den Sägereien der Fabrikarbeiterverband in Frage kommt und mit ungefähr 100 Kollegen beteiligt ist. Diesen 2606 organisierten Kollegen stehen 1014 indifferente Kollegen gegenüber. Diesem Indifferentismus muß mit mehr Entschlossenheit auf den Leib gerückt werden. Dies ist besonders in den Sägewerken nötig. In 7 Betrieben mit insgesamt 923 Beschäftigten sind 401 organisiert und 522 indifferent. Die Sägewerkindustrie war von jeher schon ein Schmerzenskind, dem wir immer unsere größte Aufmerksamkeit widmen mußten.

Man ist in den Sägewerken dazu übergegangen, die Frauenarbeit einzuführen; der Krieg bot hierzu die beste Gelegenheit. Wie versichert wird, sollen die Frauen und Mädchen die Arbeit der eingezogenen Männer verrichten. Der Lohn steht jedoch weit zurück. Daß diese Frauen schwer für die Organisation zu gewinnen sind, ist eine bekannte Erscheinung, wie aber einige Beispiele lehren, keine Unmöglichkeit. Auch bei den Leistenarbeitern, wo die Frauenarbeit die Männerarbeit zu verdrängen scheint, läßt das Organisationsverhältnis viel zu wünschen übrig. Besser ist das Verhältnis bei den Schreibern. Aber auch hier sind manche Zahlstellen, welche einen tüchtigen Anlauf nehmen müssen, um die Organisation zu beleben. Unsere Kollegen im Felde würden zweifellos eine Freude haben, wenn sie bei ihrer Rückkehr nur organisierte Kollegen begrüßen könnten. Mag die Aufgabe noch so schwer sein, unter den gegebenen Verhältnissen zu werben, sie muß vollbracht werden.

Die Arbeitslosigkeit ist mit 42 Kollegen sehr gering, und würde man den Geschäftsgang allein nach der Arbeitslosigkeit taxieren, könnte man annehmen, daß alles in Schuß wäre. Dem ist aber nicht so. Von den 33 Zahlstellen haben 21 den Geschäftsgang als schlecht bezeichnet, nur in sechs Orten ist er gut; in den anderen Orten wird er als mittel,

Für die Weihnachtsgabe an die Frauen der im Felde stehenden Kollegen muß jede Woche wenigstens eine Kriegsmarke des Verbandes gekauft werden!

flau oder schwach bezeichnet. Ob eine Besserung im Winter oder im Frühjahr kommt, wird zum überwiegenden Teil mit Nein oder als fraglich bezeichnet, nur ein Ort glaubt, im Hinblick auf die kommunalen Bauten, im Frühjahr eine Besserung erwarten zu können.

Bei der Beschäftigung unserer Kollegen spielen die behördlichen Arbeiten eine große Rolle. Mit Militäraufträgen sind 23 Orte, leider nur wenige Betriebe versehen, während in 5 Orten in Schreinerbetrieben, Parkettfabrikation, bei Drechseln und in der Leistenbranche auf Vorrat gearbeitet wird. Kommunale oder staatliche Aufträge sind wenig zu erwarten, zum Teil sind Bauten, die für einen späteren Termin vorgesehen waren, schon zur Ausführung gelangt, wenn auch manche, obwohl die Mittel schon bereitgestellt sind, noch der Ausführung harren. Die Arbeitsgemeinschaft in München hat aus diesem Grunde eine Eingabe an den verammelten Landtag gemacht, die Behörden zu veranlassen, alle staatlichen Bauten, soweit sie genehmigt sind, ausführen zu lassen. Um die private Bautätigkeit zu heben, wird das Ersuchen gestellt, eine Revision des Gehührensatzes vorzunehmen, den Bauherren, welche während des Krieges und ein halbes Jahr nach Beendigung desselben private Bauten ausführen, Freiheit oder Ermäßigung von den städtischen bzw. staatlichen, auf Grund- und Hausbesitz gelegenen Steuern zu gewähren, wie sie bereits für den Kleinwohnungsbau vorgesehen sind. Daß alle Kräfte angepannt werden müssen, ist heute eine unbedingte Notwendigkeit geworden. Ein Erfolg wird sich aber nur erzielen lassen, wenn Arbeitgeber, Arbeitnehmer, kommunale und staatliche Behörden, das private Kapital mit seinen Mitteln den gegebenen Verhältnissen Rechnung tragen und so ein Durchhalten und Ausharren in jeder Weise ermöglichen.

M. S.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

Mit dem Erscheinen dieser Zeitung Nummer 18 der 48. Wochenbeitrag für das Jahr 1915 fällig geworden.

Die Monatskarte über die Arbeitslosigkeit im Monat November ist spätestens bis zum 2. Dezember an uns einzufenden. Im Interesse einer vollständigen Statistik sollte die rechtzeitige Berichterstattung von keiner Zahlstelle veräumt werden.

Rückstehend verzeichnete Mitgliedsbücher sind als verloren gemeldet und werden hiermit für ungültig erklärt:

- 82345 Oskar Unger, Tischl., geb. 26. 1. 79 zu Johanngeorgenstadt.
- 497305 Johann Peelen, Tischler, geb. 28. 10. 84 zu Amsterdamb.
- 535855 Bernhard Stabas, Drechsler, geb. 22. 10. 64 zu Schönfeld.
- 673705 Emil Korb, Maschinenarb., geb. 1. 8. 90 zu Kaiserslautern.
- 712015 Eduard Mengel, Tischler, geb. 20. 2. 98 zu Oberhonne.

Berlin SO. 16, Am Kölnischen Park 2.

Der Verbandsvorstand.

Korrespondenzen.

Berlin (Rorbmacher). Die Kündigung der Aufträge für Geschoßkörbe, über welche bereits in Nr. 45 der „Holzarbeiter-Zeitung“ berichtet wurde, wird, wie voraussichtlich war, von den Unternehmern als Anlaß benützt, die Löhne zu drücken. So wurde versucht, den Preis für 21-cm-Langgranaten, der bisher 1,20 Mk. betrug, auf 90 Pf. herabzudrücken. Bei der Firma Schmidt u. Co. wurden sie auch für diesen Preis angefertigt und nur durch das energische Vorgehen der Kollegen in den anderen Betrieben war es möglich, den Preis von 1 Mk. zu halten. Die Unternehmer sind aber unablässig dabei, die Löhne zu drücken; deshalb sollten sich aber die Kollegen nicht irren machen lassen und auf die vereinbarten Preise bestehen. Die Kollegen, welche nicht an den Ort gebunden sind, tun gut, wenn Arbeitskräfte an Orte überflüssig werden, Berlin zu verlassen, damit die hier anfassigen Kollegen in der Lage sind, alle Zumutungen der Unternehmer zurückzuweisen.

Berlin (Vergolder). Unsere Kollegen sind von dem Ergebnis ihrer Bemühungen zur Durchführung der vereinbarten Teuerungszulage wenig befriedigt. In der Branchenversammlung vom 15. November kam das recht kräftig zum Ausdruck. Die Zahl der 5-10 Prozent bewilligenden Firmen hält den noch sozial einsichtsvolleren Firmen die Waage. Die Kollegen, unterstützt durch die Kommission, werden unter Anwendung aller zulässigen Mittel das Verhältnis zu bessern versuchen. Beachtenswert ist der bei der Firma Madenfen kürzlich vollzogene Abzug eines lange üblichen Frostzuschlages für kürzere Leisten. Also für das Sacktragen den Knüppel. Sogar 5 unorganisierte Vergolder verließen den Betrieb. Der Zugang an organisierten Kollegen ist erfreulich. Der starke Besuch der Versammlung, die rege Aussprache über die Lage eröffnen gute Aussichten für die Zukunft. — Vergeßt nicht, bei Arbeitslosigkeit den Arbeitsnachweis zu benutzen.

Hannover. Unsere Zahlstelle zählte am 1. Oktober 1222 männl. und 15 weibl., insgesamt 1237 Mitglieder. Zum Heresdienst eingezogen waren am 1. Oktober 1371, davon gefallen gemeldet 72. Unser Arbeitsnachweis ist trotz des Krieges stabil geblieben; in den Monaten Juli, August, September sind 422 Kollegen vermittelt worden. In der Versammlung am 10. November berichtete Kollege Bahner über die aufgenommene Statistik in den Tischlereien und über die endlich erreichte Teuerungszulage. Von den 205 Betrieben, in welchen vor dem Kriege unter Vertragsverhältnis gearbeitet wurde, sind jetzt noch 99 in Betriebe, wovon 92 betätigt haben. In diesen Werkstätten werden angeblich 632 Kollegen und 91 Lehrlinge beschäftigt, 579 Hobelbänke stehen frei, und nur in 12 von diesen Betrieben werden Kriegsartikel, hauptsächlich Trainwagen, hergestellt. 63 Betriebe sind ganz geschlossen, 14 Betriebe werden nur mit Lehrlingen aufrecht erhalten, in 52 Betrieben wird Bau-, in 29 Betrieben Möbelarbeit hergestellt. Der Durchschnittslohn, welcher vor dem Kriege tariflich auf 61 Pf. die Stunde festgesetzt war, aber in Wirklichkeit denselben um 3 Pf. überstieg, ist während des Krieges gesunken. Wenn bei den befragten Kollegen der Durchschnittslohn vor dem Kriege 64,8 Pf. betragen hat, so ist derselbe trotz der im März 1915 vorgesehene Steigerung von 1 Pf. nur auf 65,5 Pf. gestiegen. Als im vorigen Herbst viele unserer Kollegen, welche lange Jahre auf einem Arbeitsplatz gewesen waren, in anderen Betrieben Arbeit nehmen mußten, haben die Arbeitgeber dann, da das Angebot von Arbeitskräften recht groß war, selten mehr als den im Tarif vorgesehene Durchschnittslohn gezahlt. In einer gemeinschaftlichen Sitzung beider Vorstände sowie der Tischler-Vereinigungen von Hannover und Linsen wurde seitens der Beteiligten der Notstand innerhalb der Arbeiterschaft rückhaltlos anerkannt. Es wurde beschlossen, gemeinsam an sämtliche Behörden sowie an die Privatindustrielle das Ersuchen zu richten, ab 1. September eine Teuerungszulage von 10 Prozent auf sämtliche Erzeugnisse der Holzindustrie zu gewähren. Von fast sämtlichen Behörden sind die Eingaben in zustimmendem Sinne beantwortet worden. Um so mehr mußte es Anzuehtendheit in den Reihen der Kollegenschaft hervorrufen, daß eine Versammlung des Arbeitgeber-Schutzverbandes die Eingabe ablehnte, eine Teuerungszulage zu gewähren, zumal der Herr Vorsitzende des Schutzverbandes für das deutsche Holzgewerbe diesen Beschluß, ohne jeden Kommentar, den in der Versammlung nicht anwesend gewesen Mitglieder mitteilte. Auf unser wiederholtes persönliches Vorstelligwerden bei den einzelnen Firmen ist es uns dann gelungen, auch bei dem Herrn Vorsitzenden sowie in weiteren 74 von 92 Betrieben eine Teuerungszulage von 2 bis 5 Pf. die Stunde zu erhalten, so daß jetzt ein Durchschnittslohn von 67,3 Pf. die Stunde gezahlt wird. Der Kollege Bahner forderte dann auch alle diejenigen, die bis jetzt von ihren Arbeitgebern noch keine Teuerungszulage erhalten hätten, auf, durch Vorstelligwerden dieses sofort nachzuholen, denn auf ein Nachlassen der Teuerung werde auch bis nach dem Kriege nicht zu rechnen sein. Zur Kriegsinvalidenfürsorge gab Kollege Bahner bekannt, daß die Ortsverwaltung beabsichtigt, sich mit der Schlichtungskommission und dem Vorstand des Schutzverbandes in Verbindung zu setzen, um Mittel und Wege zu suchen, die in diesem Vorkriegszustand zu Schaden gekommenen Kollegen an geeignete Arbeitsplätze unterzubringen. Als Berufsberater für die Verlegten sind die Kollegen Orbe und Liedeke in Vorschlag gebracht; den Kollegen wurde anheimgegeben, in den gemeinschaftlichen Sitzungen der Berufsberater dahin zu wirken, daß die Stadtverwaltung ersucht wird, geeignete Räume als Lehrwerkstätten zur Verfügung zu stellen. Für Tischler wurden die Werkstätten für Meisterkurse als geeignet in Vorschlag gebracht. Des weiteren gab der Vorsitzende bekannt, daß der Hauptvorstand beschlossen habe, den Kriegervertrauen zu Weihnachten eine Unterstützung von 6 Mk. zu gewähren. Für die hiesige Zahlstelle kommen rund 900 verheiratete Kollegen in Frage. Kollege Bahner ersucht die Kollegen, einen Teil der Kosten hierfür freiwillig aufzubringen und in den Werkstätten dafür einzutreten, daß ein jeder Kollege bis Weihnachten jede Woche extra eine Kriegsmarke zu 50 Pf. kauft. Auf Vorschlag der Ortsverwaltung beschloß die Versammlung, allen einberufenen Kollegen, soweit uns die Adressen bekannt sind, eine Liebesgabe ins Feld zu senden.

Schönheide. In dem Bericht über die abgelehnte Teuerungszulage in der vorigen Nummer der Holzarbeiter-Zeitung war gesagt worden, daß der größte Betrieb am Ort,



Christian Adam, Tischler, Springe.
 Arno Anders, Kistenmacher, Leibis.
 Hans Arendt, Tischler, Berlin.
 Alfred Baas, Schreiner, Lüdenscheid.
 Michael Bachmeier, Drechsl., Wendelstein.
 Kurt Barth, Tischler, Halle a. S.
 Max Behrmann, Tischler, Hamburg.
 Josef Bitterwolf, Korbmacher, Eisleben.
 Albin Blasch, Mühlhausen i. Th.
 Georg Bluse, Schreiner, Düsseldorf.
 August Boeck, Stellmacher, Hamburg.
 Billy Böhme, Knopfmacher, Schmöln.
 Wilhelm Böhmig, Waldenburg i. Schl.
 Gustav Bollmeier, Tischler, Bielefeld.
 Paul Bonig, Bürstenmacher, Schmöln.
 Ernst Brimmer, Tischler, Bergedorf.
 Albert Bülting, Tischler, Hannover.
 Otto Cieslitzki, Schreiner, Düsseldorf.
 Emil Dieze, Frankfurt a. M.
 Wilhelm Dörr, Hanau.
 Adolf Drewes, Tischler, Bielefeld.
 Franz Eckert, Tischler, Berlin.
 Emil Eich, Möbelpollerer, Berlin.
 Paul Felgner, Klaviermch., Eilenburg.
 Ernst Fischer, Tischler, Zeitz.
 Franz Fleig, Masch.-Arb., Freiburg i. B.
 Erwin Franke, Tischler, Dessau.
 Hermann Franke, Knopfmach., Schmöln.
 Rudolf Frohs, Neuhäusen.
 Adalbert Gehrmann, Tischler, Essen.
 Friedrich Gerke, Tischler, Hannover.
 Friedrich Gräfe, Tischler, Baugen.
 Karl Gulland, Kellheim i. L.
 August Gustaffson, Schr., Düsseldorf.
 Karl Hanse, Korbmacher, Hamburg.

Ernst Haberlorn, Tischler, Baugen.
 Hermann Hagemann, Tischler, Hamburg.
 Ernst Hamisch, Hilfsarbeiter, Dresden.
 Max Hauke, Polierer, Löwenberg.
 Arthur Hatnik, Möbelschl., Dresden.
 Max Hänel, Neuhäusen.
 Max Hein, Schönlanke.
 Hermann Heiner, Bürstenbhr., Schw.-Hall.
 Franz Heinrich, Tischler, Reiffe.
 Adolf Hellmig, Tischl., Freiburg i. Schl.
 Paul Hempel, Polierer, Eilenburg.
 Wilhelm Hente, Hess.-Oldendorf.
 Paul Hergert, Modelltischler, Aue.
 Karl Hermann, Mühlhausen i. Th.
 Otto Hildebrandt, Brandenburg.
 Wilhelm Hinz, Tischler, Dresden.
 Karl Hinzmann, Schönberg i. M.
 Siegmund Jaczinger, Schr., Düsseldorf.
 Gotthold Jakob, Tischler, Berlin.
 Ernst Jarl, Tischler, Cughaven.
 Wilhelm Jäger, Bergold, Ulm.
 Sullus Jerratsch, Tischler, Breslau.
 Billy Jerfich, Gr.-Lichterfelde.
 Karl Junghanns, Tischler, Dresden.
 Josef Kaupert, Hagen.
 Friedrich Kell, Masch.-Arb., Hamburg.
 Franz Klapper, Schreiner, München.
 Karl Klinigte, Masch.-Arb., Berlin.
 Arthur Kluge, Polierer, Celle.
 Paul Knoche, Tischler, Berlin.
 Heinrich Köhler, Tischl., Freiburg i. Schl.
 Heinrich Kreft, Holzarb., Bielefeld.
 Friz Krentel, Goslar.
 Gustav Krohn, Stellmacher, Hamburg.
 Wilhelm Krumhöverer, Bielefeld.
 Werner Kuhl, Tischler, Stettin.
 Karl Kupfer, Tischler, Berlin.
 Karl Kuttruff, Masch.-Arb., Karlsruhe.
 Wilhelm Kurzbach, Stellm., Breslau.
 Willi Kühne, Modelltischler, Berlin.
 Karl Lange, Stellmacher, Zeitz.
 Max Lehmann, Tischler, Mannheim.
 Robert Lindner, Schwebus.
 Konrad Lottes, Neustadt a. Nisch.

August Lufschat, Schr., Düsseldorf.
 Otto Luymann, Klav.-Arb., Eilenburg.
 Bartholomäus Mater, Düsseldorf.
 Otto Mand, Stodarbeiter, Lüdenscheid.
 Max Marquardt, Tischler, Berlin.
 Erich Marz, Tischler, Stettin.
 Kurt Mathe, Tischler, Guben.
 Arthur Mehnert, Polierer, Dresden.
 Anton Meinke, Schreiner, Köln.
 Max Melzer, Korbmacher, Zeitz.
 Richard Niestle, Schönlanke.
 Madislaus Müller, Stellm., Baugen.
 Paul Necker, Schr., Schwenningen.
 Heinrich Obbladen, Schreiner, Köln.
 Johann Oden, Tischler, Dortmund.
 Reinhold Panzer, Drechsl., Zeitz.
 Karl Parake, Nordhausen.
 Gustav Pehold, Gr.-Lichterfelde.
 Rudolf Pfeiffer, Tischler, Dresden.
 Alfons Pfundstein, Porzheim.
 Adolf Pleszczet, Drechsl., Hamburg.
 Alfons Pohl, Tischler, Berlin.
 Josef Preißner, Tischler, Breslau.
 Otto Rahm, Stellmacher, Guben.
 Kurt Reichhardt, Bürstenm., Schmöln.
 Adolf Richter, Zossen.
 D. Richter, Masch.-Arb., Freiburg i. Schl.
 Paul Richter, Korbmacher, Eilenburg.
 Mathias Roggendorf, Polierer, Köln.
 Paul Rosin, Tischler, Hamburg.
 Walter Saitisch, Stellmacher, Breslau.
 Hugo Sandmann, Tischler, Dresden.
 Otto Schaal, Tischl., Frankenberg i. S.
 Erhard Schäfer, Tischler, Dresden.
 Karl Schallwitz, Tischler, Breslau.
 Josef Schartner, Schreiner, München.
 Alfons Schlechte, Tuff.-Schl., Dresden.
 Karl Schlechter, Polierer, Marbach.
 Johann Schottmüller, Schr., Karlsruhe.
 Johannes Schröder, Tischler, Hamburg.
 Wilhelm Schröder, Tischler, Stettin.
 Andreas Schroth, Neustadt a. Nisch.
 Heinrich Schubert, Schr., Düsseldorf.
 Anton Schudil, Tischler, Breslau.

Willy Schultes, Schreiner, Düsseldorf.
 Erwin Schulz, Tischler, Berlin.
 Erich Schulze, Tischler, Berlin.
 Hermann Schulze, Stellmacher, Berlin.
 Walter Schulze, Tischler, Dresden.
 Johann Schwab, Schreiner, Zirndorf.
 Paul Schwanz, Mühlhausen i. Th.
 Wilhelm Schweimler, Schr., Karlsruhe.
 Hermann Sendlaghi, Polierer, Berlin.
 Heinrich Stauch, Tischler, Hamburg.
 Otto Stein, Stellmacher, Baugen.
 Karl Steimbrecher, Tischler, Zeitz.
 Max Stier, Tischler, Zeitz.
 Adolf Stücker, Schreiner, Worms.
 Jean Stofmehl, Modelltischler, Köln.
 Karl Strempfer, Schreiner, Schw.-Hall.
 Helmut Sträsing, Tischler, Hannover.
 Arthur Subrowski, Tischler, Berlin.
 Karl Tajchowski, Tischler, Breslau.
 Oskar Tauchnitz, Tischler, Eilenburg.
 August Tumber, Beckum.
 Richard Timm, Tischler, Berlin.
 Gustav Tohma, Zossen.
 Franz Urbanski, Tischler, Berlin.
 Hermann Wetterlein, Knopfm., Schmöln.
 Wilhelm Vormann, Schr., Lüdenscheid.
 Georg Voss, Tischler, Wetschau.
 Arthur Waide, Tischler, Berlin.
 Friz Wahl, Kellheim i. L.
 Hermann Walter, Holzarbeiter, Burgb. M.
 Paul Walter, Tischler, Hamburg.
 Ferdinand Weber, Tischler, Essen.
 Hermann Wedekind, Modellschr., Offenbach.
 Alois Weigelsberger, Schr., München.
 Karl Wendt, Tischler, Essen.
 Reinhold Werner, Schr., Düsseldorf.
 Paul Wiedhard, Tischler, Zeitz.
 Richard Wietstod, Tischler, Stettin.
 Oskar Wittig, Knopfm., Schmöln.
 Johannes Wulz, Darmstadt.
 Wilhelm Wulz, Modelltischl., Bismar.
 Hugo Zieschang, Tischler, Dresden.
 Johann Zimmer, Stellm., Breslau.

Ehre ihrem Andenken!

Flemming u. Co., sich in keiner Weise um die Unternehmungsorganisation kümmern. Das war ein Irrtum unseres Richterstätters. Die Inhaber der Firma E. D. Flemming u. Co. sind, wie wir auf deren Ersuchen hiernit feststellen, im Gegenteil nach wie vor treue und standhafte Anhänger ihres Arbeitgeber-Verbandes gewesen und bleiben es auch weiter."

Leistungszulagen und Lohnbewegungen.

In Elmshorn fand eine gemeinschaftliche Sitzung zwischen Vertretern des Arbeitgeber-Schutzverbandes für das deutsche Holzgewerbe, Kreisverband Pinneberg, Sitz Elmshorn, und unserer Zahlstellen Elmshorn, Pinneberg und Uetersen im Beisein unseres Gauvorstehers statt. Es wurde eine Vereinbarung über die Wiederbeschäftigung der kriegsbeschädigten Holzarbeiter auf der Grundlage der von den Zentralvorständen festgelegten Richtlinien für diesen Bezirk getroffen. Unser Wunsch um Gewährung einer Leistungszulage ist von den Arbeitgebervertretern als berechtigt anerkannt, und wollen diese auf ihre Kollegen einwirken, den Arbeitern eine solche in Höhe von 2 Mk. pro Woche zu gewähren. Aufgabe unserer bei nicht dem Schutzverband angehörenden Firmen beschäftigten Kollegen wird es sein, diese zur Anerkennung der gleichen Aufbesserung zu bestimmen.

In Königsberg i. Pr. war im April eine Leistungszulage von 2,50 Mk. vereinbart worden. Das war aber kein Ersatz für den tatsächlich eingetretenen Lohnausfall. Im Gegensatz zu früher, wo überwiegend in Akkord gearbeitet und ein durchschnittlicher Wochenverdienst von 38 Mk. erzielt wurde, arbeiten jetzt 80 Prozent der Kollegen in Lohn bei einem Wochenverdienst von kaum 30 Mk. Der Durchschnittslohn beträgt 55 Pf. Auf unser im Oktober an den Arbeitgeber-Schutzverband gerichtetes Ersuchen um eine Erhöhung des Wochenverdienstes wurden nur unzulängliche Zugeständnisse gemacht. Da überdies besonders die auswärtigen Kollegen unter allerlei Mißbehaglichkeiten zu leiden hatten, reichten viele von ihnen anfangs November die Kündigung ein. Sie wollten sich anderwärts lohnendere Arbeit suchen, weil sie bei der enormen Teuerung auf dem Lebensmittelmarkt in Königsberg nicht mehr existieren konnten. Schon am 5. November bewilligte eine Anzahl Firmen, um ihre Arbeiter nicht zu verlieren, den Verheirateten 6 Mk. und den Ledigen 4 Mk. Leistungszulage. Als am Abend des 8. November die Zusicherung gemacht wurde, daß bei den Verhandlungen am folgenden Tage ausreichende Zugeständnisse gemacht werden würden, waren am folgenden Tage alle Werkstätten wieder in Betrieb. Die getroffene Vereinbarung geht dahin, daß an Stelle der seitherigen Zulage die Verheirateten vom 9. November ab pro Tag 90 Pf., also wöchentlich 5,40 Mk., und die Ledigen 55 Pf. bzw. wöchentlich 3,30 Mk. Leistungszulage erhalten. Die Arbeitgeber haben ferner eine Lohnaufbesserung zugesagt. Ihr Bestreben ist gute und leistungsfähige Kollegen von außerhalb zu erhalten. So wie sich die Entlohnung in den letzten Wochen gezeigt hat, glauben wir, es verantworten zu können, wenn wir Kollegen, insbesondere Arbeiterlose, die in Königsberg oder im Osten arbeiten wollen, nunmehr hierzu ebenfalls einladen. Unser Verkehrslokal ist: „Im Reichskanzler“, Kalthöfische Str. 14. das Bureau im Gewerkschaftshaus, Berder-Rofgarten 61/62.

Göttingen. Niemand wird behaupten wollen, daß nicht auch unsere Herren Arbeitgeber, angesichts der herrschenden Teuerung, unseren Kollegen einen Mehrverdienst zugestehen wollten. Wohlwollend, wie sie nun einmal alle sind, waren sie dazu gern bereit, und wenn hier nichts aus der beantragten Leistungszulage wurde, so sind lediglich die Kollegen selbst schuld daran, die die gute Absicht der Arbeitgeber nicht verstehen wollten und den von den Arbeitgebern gemachten Vorschlag einstimmig ablehnten. Eine am

1. September tagende Mitgliederversammlung beauftragte die Ortsverwaltung, infolge der enormen Preissteigerung aller Lebensmittel, gleichwie an vielen anderen Orten, auch hier den Arbeitgebern einen Antrag auf Gewährung einer Leistungszulage zu unterbreiten. Schon am 3. September wurde dieser Antrag mit einer schriftlichen Begründung dem Vorsitzenden des Arbeitgeber-Schutzverbandes, Bezirk Göttingen, überreicht. Große Eile schienen allerdings die Arbeitgeber mit der Beratung dieses Antrages nicht zu haben, denn erst nach einer abermaligen Anfrage nach dem Schicksal unseres Antrages kam endlich Ende Oktober eine gemeinschaftliche Sitzung zustande. Hier waren es die Arbeitgeber, die der Reihe nach zunächst über schlechte Konjunktur klagten. Auch sei es unmöglich, einen Aufschlag für die Arbeiten, sowohl von der Privatkundschaft als auch von den Behörden, zu erlangen. Letztere würden die Arbeiten nach außerhalb vergeben, wenn sie hier einen höheren Preis verlangen würden. Selbst daß unser Bevollmächtigter die Behörden gegen diesen Vorwurf in Schutz nahm, vermochte die Arbeitgeber nicht von ihrer Ansicht abzubringen. — Ohne Gegenleistung wollten die Arbeitgeber einen Mehrverdienst nicht gewähren. Und diese Gegenleistung sollte darin bestehen, statt der jetzt tariflich festgelegten 55 stündigen Arbeitszeit während der Kriegsdauer wieder die 60 stündige einzuführen. Nahezu 3 Mk. würden dann die Kollegen pro Woche mehr verdienen, und beiden Teilen wäre, nach Ansicht der Arbeitgeber, geholfen. Daß dieser von unseren Arbeitgebern hochherzig und lediglich im Interesse unserer Kollegen gemachte Vorschlag unsererseits einstimmig abgelehnt wurde, ist selbstverständlich. Niemand kann nun aber behaupten, daß nicht auch die hiesigen Arbeitgeber ein Herz für ihre Arbeiter hätten und ihnen angesichts der herrschenden Teuerung keinen Mehrverdienst zusichern wollten.

Schönheide. (Bürstenmacher.) Als einziger Betrieb hat bis jetzt die Produktionsgenossenschaft den Arbeitern und Arbeiterinnen eine Leistungszulage bewilligt, soweit der Wochenverdienst 30 Mk. nicht übersteigt. Es erhalten bis Ende März 1916 die Ledigen 1 Mk. und die Verheirateten 2 Mk. pro Woche, ganz gleich, ob voll gearbeitet wird oder nicht.

In Stettin wurde der Gauvorstand am 21. Oktober ev. von einer überaus zahlreich besuchten Mitgliederversammlung beauftragt, beim Bezirksvorstand des Arbeitgeber-Schutzverbandes die Gewährung einer Leistungszulage für alle im Vertragsgebiet beschäftigten Kollegen zu beantragen. Der auf Grund dieses Auftrages gestellte Antrag hatte den Erfolg, daß ab 8. November 1915 bis auf weiteres an alle im Vertragsgebiet beschäftigten Holzarbeiter (Lohn- und Akkordarbeiter) eine Kriegsteuerungszulage von 2 Mk. pro Woche mit der Ausnahme gewährt wird, daß die im ersten Geschäftsjahre stehenden Kollegen nur 1 Mk. Zulage erhalten.

Die im Stettiner „Vulkanwerk“ beschäftigten Holzarbeiter hatten bereits im Frühjahr, gemeinsam mit den übrigen Arbeitern, eine Leistungszulage gefordert. Diese Forderung wurde damals abgelehnt. Am 1. November hat nun die Direktion der „Vulkanwerke“ durch Anschluß bekanntgegeben, daß an alle im Lohnverhältnis stehenden verheirateten Werksangehörigen eine einmalige Zuwendung erfolgen soll. Voraussetzung für die Empfangsberechtigung ist, daß ein ununterbrochenes Arbeitsverhältnis seit mindestens 1. Oktober 1915 vorhanden ist. Die Höhe der Zuwendung ist nach der Kinderzahl der Empfangsberechtigten abgestuft und beträgt für Arbeiter 24 bis 60 Mk., für Arbeiterinnen 16 bis 50 Mk. Auswärtige Facharbeiter, die Familienunterstützung beziehen, erhalten 14 Mk. Die Zahlung erfolgt in zwei gleichen Raten am 19. November und 17. Dezember 1915.

Lebensmittelwucher und Zensur.

Der Bundesrat ist in letzter Zeit bei Schaffung von Verordnungen, welche die Verkehrs- und Preisregelung für Lebensmittel zum Zweck haben, sehr produktiv. Am 11. November sind wieder eine ganze Anzahl solcher Verordnungen

erlassen worden, aber dem herrschenden Notstand ist bisher nur in unvollkommener Weise abgeholfen. So sind z. B. in der Frage der Kartoffelversorgung schon mehrere Bundesratsverordnungen erschienen, dem Kartoffelwucher ist aber immer noch nicht wirksam gesteuert. Aus den verschiedensten Teilen des Reiches wird berichtet, daß die Landwirte ihre Vorräte zurückhalten und in der Erwartung, doch noch höhere Preise zu erzielen, eine künstliche Kartoffelnot herbeizuführen. Dabei sind doch die Höchstpreise angesichts der reichen Ernte wirklich hoch genug angesetzt. Ähnliche Beobachtungen kann man beim Schweißleisch machen. Die festgesetzten Höchstpreise sind reichlich hoch, aber doch beträchtlich niedriger als die Preise, die vorher im freien Verkehr gezahlt werden mußten. Die Erwartung, daß die Bevölkerung von der Preisabsetzung profitieren würde, hat sich aber nur in unzureichendem Maße bestätigt, da die Vorräte zurückgehalten werden, und die maßgebenden Behörden sich scheuen, von dem Rechte der Enteignung den erforderlichen, rückichtslosen Gebrauch zu machen.

Der Vorstand der sozialdemokratischen Partei und die Generalkommission der Gewerkschaften haben sich wiederholt mit dringenden Eingaben an den Reichskanzler gewendet, um wirklich durchgreifende Maßnahmen zur Bekämpfung des Lebensmittelwuchers zu erreichen. Die Antwort, die er auf die letzte dieser Eingaben an den Vorstand der sozialdemokratischen Partei gegeben hat, hat der Reichskanzler am 12. November in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ veröffentlicht. „Der Kanzler betont darin, daß „wir im Besitze völlig ausreichender Vorräte von notwendigen Nahrungsmitteln sind.“ Alle Instanzen seien fest entschlossen, die Schwierigkeiten, die aus spekulativer Preistreiberei entstanden sind, mit allen Mitteln, ohne Ansehen des Standes und Gewerbes, zu beseitigen. Diese Mitteilung des Reichskanzlers ist gewiß erfreulich, sie ändert aber nichts an der Tatsache, daß mit der Ergreifung der erforderlichen Maßnahmen viel zu lange gewartet wurde und auch jetzt noch mit deren Durchführung viel zu zaghaft vorgegangen wird.

Der Hinweis des Reichskanzlers, daß das Steigen der Lebensmittelpreise nicht bloß durch verwerfliche Gewinnsucht veranlaßt, sondern auch auf natürliche Ursachen zurückzuführen sei, ist gewiß berechtigt, und wenn die Preissteigerungen sich in den durch solche natürlichen Ursachen hervorgerufenen Grenzen halten würden, hätte man sich damit leichter abgefunden. Die Enttäuschung, welche die weitesten Kreise erfaßt hat, ist aber hauptsächlich auf den jeder berechtigten Ursache entbehrenden Wucher zurückzuführen.

Am Schluß seines Briefes betont der Reichskanzler, daß bei der Erreichung des erstrebenden Zieles, nämlich den Verbrauch der reichlichen Vorräte an Lebensmitteln zu erträglichen Preisen zu sichern, Reden in Volksversammlungen schwerlich viel nützen können. Er fürchtet aber, daß solche Versammlungen im feindlichen Ausland als Zeichen der Erschlaffung der deutschen Widerstandskraft gedeutet werden. Sie würden die Hoffnung unserer Feinde stärken und könnten so zur unnötigen Verlängerung des Krieges beitragen.

Statt zu diesem letzteren Satz unsere eigene Ansicht zu äußern, wollen wir die Bemerkungen wiedergeben, welche ein so loyales Blatt, wie das „Samburger Fremdenblatt“, zu den Worten des Reichskanzlers macht. Es schreibt: „Nicht ganz beipflichtet möchten wir dem Urteil, Reden in Volksversammlungen könnten zur Behebung des Schadens nicht viel nützen. Ohne das Einsehen der starken Volksbewegung gegen das Unwesen der spekulationswütigen Preistreiber, ohne die lauten Äußerungen des Mißmutes darüber, wäre es doch — das ist die Ueberzeugung weithin — kaum zu einer so schnellen Abhilfe der Not gekommen. wären jedenfalls dem Kanzler, der im Feldlager von den Aufgaben der

Außenpolitik genug und übergenug in Anspruch genommen war, die Klagen des Heimvolkes nicht so nachdrücklich zur Erkenntnis gekommen, daß er sich zu sofortigem persönlichen Eingreifen entschlossen hätte."

Die Unterdrückung der freien Meinungsäußerung ist überhaupt ein wenig geeignetes Mittel, um vorhandene Unzufriedenheit zu beseitigen, am allerwenigsten, wenn diese begründet ist, wie im vorliegenden Fall.

Bis zu einem gewissen Grade gilt das für jede Zeitungszensur. Man kann es verstehen, daß während der Kriegsdauer Vorsorge getroffen wird, daß keine, die militärischen Maßnahmen beeinträchtigenden Nachrichten in die Zeitungen kommen.

An der gleichen Stelle wird auch berichtet, daß in der Berliner Redakteurkonferenz der Vertreter eines großen bürgerlichen Parteiverlages sich der Beschwerde des Vertreters des 'Vorwärts' vollinhaltlich anschloß.

Es erscheint notwendig, die Kenntnis von den Zensurschwierigkeiten, unter denen die Tageszeitungen besonders in der Reichshauptstadt leiden, in weitere Kreise zu tragen, um zu verhüten, daß unüberlegte Vorwürfe erhoben werden.

antwortlichen Stellen peinlich sein, denn es ist geeignet, den Anschein zu erwecken, als sollten die Lebensmittelwucherer geschützt werden, obwohl das, wie der oben zitierte Brief des Reichskanzlers beweist, durchaus nicht in dessen Absicht liegt.

Gewerkschaftliches.

Im Buchbinderverband kommen, wie der Vorstand bekanntgibt, vom 1. Januar 1916 ab die Bestimmungen des Statuts über den Unterstützungsbezug wieder in vollem Umfang zur Anwendung.

Zwischen den Organisationen der Bergarbeiter herrscht zurzeit völliger Burgfrieden, der sich bei verschiedenen Maßnahmen äußert, die von den Vorständen der vier Verbände (Verband der Bergarbeiter Deutschlands, Gewerksverein christlicher Bergarbeiter, Hirsch-Dunderscher Gewerksverein der Bergarbeiter und Polnische Berufsvereinigung) gemeinsam in Angriff genommen wurden.

Die Tarifverhandlungen im Schneidergewerbe, die unter dem Vorsitz dreier Unparteiischer, der Herren Magistratsrat v. Schulz-Berlin, Gerichtsdirektor Dr. Prenner-München und Ratsyndikus Dr. Hiller-Frankfurt a. M., in Nürnberg stattfanden, haben nach vierwöchiger Dauer am 13. November ihr Ende erreicht.

Der Verfasser des Buches war früher eine Zeitsung sozialdemokratischer Landtagsabgeordneter in Baden; er hat sich aber seit langer Zeit von der politischen Betätigung zurückgezogen.

Fachblatt für Holzarbeiter.

Das eben erschienene Novemberheft wird mit einem Aufsatz Paul Westheims über 'Holzplastik' eingeleitet. Neben den zahlreichen Abbildungen von Speisezimmermöbeln mit begleitendem Text sind die reichillustrierten Artikel 'Fenster-Studien', 'Reisestützen' und 'Die Küchenmöbel' hervorzuheben.

Das Fachblatt für Holzarbeiter erscheint am 15. jedes Monats und ist gegen 1,20 Mk. pro Vierteljahr von allen Postanstalten, Buchhandlungen sowie direkt von der Expedition, Berlin SO. 16, Am Kölnischen Park 2, zu beziehen.

Literarisches.

Die nachbenannten Werke können auch durch die Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes, Berlin SO. 16, Am Kölnischen Park 2, bezogen werden.

Erinnerungen aus meinen Kindheits- und Mädchenjahren, aus der Agitation und anderem. Von Adelheid Popp. Verlag von J. H. W. Dietz Nachf. G. m. b. H. in Stuttgart. Preis gebunden 1,- Mk.

Frau Adelheid Popp, unsere bekannte Wiener Genossin, gibt in ihren Erinnerungen ein sich immer fesselnder gestaltendes Bild aus dem Leben des Proletariats. Sie schildert in herzerregender Weise das Elend, unter dem die Kinder des arbeitenden Volkes heranwachsen, um kaum die Kinderschuhe ausgezogen, einzutreten in den Bann des Kapitalismus, ohne Aussicht, in unserer heutigen Gesellschaft jemals zu einer Stufe emporsteigen zu können, die das Leben auch lebenswert macht.

Gerdt Wullenweber. Die Geschichte eines jungen Arbeiters. Von Jürgen Brand. Verlag von J. H. W. Dietz Nachf. G. m. b. H. in Stuttgart. Preis gebunden 1,- Mk.

Jürgen Brand und unsere Jungen und Mädchen haben sich längst gefunden, sein Gerdt Wullenweber wird allen eine hochwillkommene Gabe sein. Das Buch ist so recht geeignet, in unserer Bomben- und Granatenzeit die jungen Gemüter hinzu lenken auf das, was sie im Lebenskampf allein aufrecht erhalten kann: auf kameradschaftliche Treue, Aufopferungsfähigkeit und Heimaliebe.

Dokumente zum Weltkrieg. Herausgegeben von Eduard Bernstein. Verlag: Buchhandlung Vorwärts Paul Singer G. m. b. H., Berlin SO. 68. Soeben ist Heft XII: 'Das serbische Blaубuch' erschienen. Preis 50 Pf.

Mit dem Auto an der Front. Kriegserlebnisse von Anton Feindrich. Mit Kopfleisten und Umschlagzeichnung nach Originalen von W. Planck, R. Deffinger und G. Wiedmayer. Preis geb. 1,- Mk., gebd. 1,60 Mk. Francksche Verlagshandlung, Stuttgart.

Der Verfasser des Buches war früher eine Zeitsung sozialdemokratischer Landtagsabgeordneter in Baden; er hat sich aber seit langer Zeit von der politischen Betätigung zurückgezogen. Als Schriftsteller pflegt er die feuilletonistische Wanderei. Seine hervorragende Befähigung auf diesem Gebiet hat ihm ein dankbares Lesepublikum verschafft. Nur unter diesem Gesichtspunkt ist auch die vorliegende Arbeit zu werten.

Gestorbene Mitglieder.

- Robert Saase, Tischler, 57 Jahre, gest. in Halle a. S.
Ernst Ebert, 51 Jahre, gest. in Düsseldorf.
Oskar Ergo, Tischler, 47 Jahre, gest. in Essen a. Ruhr.
Adolf Lemm, Tischler, 52 Jahre, gest. in Kiel.
Franz Fuhrmann, Tischler, 48 J., gest. in Breslau.
Julius Bachmann, Tischler, 59 J., gest. in Göttingen.
Joh. Adolf Buchholz, Schreiner, 46 Jahre, gest. in Mainz-Gonsenheim.
Johann Michel, Schreiner, 47 J., gest. in Nürnberg.
Reinhard Hoffmann, Tischler, 52 Jahre, gest. in Freiburg i. Schl.
Wilhelm Henschel, Tischler, 66 J., gest. in Wilhelmshaven.
Ehre ihrem Andenken.

Mehrere Tischler für furnierte Kastenmöbel sofort gesucht. Teich & Schulz, Möbelabrik. Lissa, Kreis Greifswald.
3 bis 4 Tischler auf furnierte Möbel werden sofort gesucht. Clemens Schmidt, Möbelfabrik, Bautzen i. Sa.

Tücht. Schreiner auf Sofagestelle u. bessere Garnituren gesucht bei hohem Lohn und dauernder Beschäftigung. Jakob & Reimann, Essen-Ruhr, Louisenstraße 8.

Bau- und Möbeltischler für beide Möbel und weiße Arbeit. Paritätischer Arbeitsnachweis für das Holzgewerbe, Lübeck, Fischstraße 26.

2 ältere tüchtige Möbeltischler, die auch vollst. können, suchen für dauernd Arbeit & Gehalt, Kamin- u. Werkstätten, Rottbus.

Ein tüchtiger Bandtägenhewer sowie ein Maschinenarbeiter für Tischfräse werden verlangt. Gestl. Angebote mit Lohnforderung erbeten. Holzjohlen- u. Sägemerk Carl Lemm, Röstleben i. Thür.

1 Holzdrehstler stellt sofort ein B. Voelde, Coswig-Anhalt. Schirmmacher oder Drechsler, der mit 'Schirm-Reparaturen' vertraut ist, findet sofort selbständige, dauernde, lohnende Stellung. Gebr. Luch, Glogau.

1 Raspler und 2 bis 3 Feiler auf Holzschliffgräbe gesucht. Zentralarbeitsnachweis für die Stod- und Kaminindustrie, Berlin SO. 16, Rungestr. 30.

Arbeitsnachweis für das Holzgewerbe in Ostpreußen

Fernsprecher 7342/43. Königsberg i. Pr., Klapperwiese 3. Fernsprecher 7342/43. Der Arbeitsnachweis vermittelt Bau- und Möbeltischler, Maschinenarbeiter und andere Holzarbeiter für Ostpreußen zu den am 2. Juni 1915 zwischen den beiderseitigen Organisationen vereinbarten Bedingungen.

Goldleisten!

Tüchtigen Schleifer, ferner Metallfeger, Bronzepolierer für Glas und Matt und Farbzigmacher sucht auf dauernde Stellung. Sr. Hochbaum, Goldleistenfabrik, Burg bei Magdeburg.

10 Korbmacher auf Grün, Matt und Geschlagen stellen bei 20 Prozent Kriegszuschlag ein. Gebr. Bette, Köpchenbroda bei Dresden.

Paritätische Arbeitsnachweise im deutschen Holzgewerbe.

Wochenbericht vom Sonnabend, 13. November, bis Freitag, 19. November 1915.

Table with 7 columns: Ort, Santigfächer, Möbeltischler, Maschinenarbeiter, Polierer, Drechsler, Sonstige Branchen, Insgesamt. Rows include Berlin, Bremen, Breslau, Celle, Eisenburg, Glogau, Hamburg, Hannover, Leipzig, Lübeck, and Zusammen.

Zusammen: 66 9 121 115 43 140 42 2 51 32 2 54 5 10 152 4 152 412 60 528

Billiges Angebot für eine Bibliothek.

Wir sind in der Lage, zu einem ganz billigen Preis 15 schön gebundene Jahrgänge der Holzarbeiter-Zeitung (1893 bis 1910) anzubieten. Reflektanten wollen sich baldigst mit uns in Verbindung setzen.

Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

10 tüchtige Tischler stellen sofort ein G. Bentwig & Co., Baumeister, Paris i. Pomern.

10 tüchtige Möbeltischler, 2 feine Stuhlwerker, 1 tüchtigen Fräser stellen sofort auf dauernd ein. Werkstätten Bernard Stadler, Paderborn.